Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 24 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Doroteenstraße monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,00 außer Postgeld.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf tagsüber 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610 — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe
Dienstag, 14. Januar

Anzeigenpreis: Hiesige Inserenten je Zeile 25 Pfg., auswärtige je Zeile 35 Pfg. — Reklamezeile 1 Mk. Rabatt nach Tarif, jedoch nur bei verlustfreier Kasse.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6990
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Gegen die Urheber des Aufruhrs

Ganze Arbeit der Regierung. — Liebknecht und Rosa Luxemburg verschwunden. — Eichhorn geflüchtet. — Ausgenommene Wühlernester.

Wie von maßgebender Seite versichert wird, beabsichtigt die Regierung, sich mit dem bisher Erreichten keineswegs zu begnügen, sondern auch gegen die Leiter der Bewegung mit aller Energie vorzugehen.

Liebknecht und Rosa Luxemburg sind verschwunden. Es verlautet, daß sie nach Leipzig oder Halle geflüchtet sind. Auch Eichhorn ist der Boden unter den Füßen zu heiß geworden. Er ist mit Sack und Pack geflüchtet.

Die Durchsuchung der Wohnung Eichhorns führte zur Beschlagnahme von vielen Schriftstücken, die der Regierung zur Prüfung über die Amts- und politische Tätigkeit des früheren Polizeipräsidenten vorgelegt werden.

Wie die „Tel.-Comp." erfährt, ist heute nachmittag auf Veranlassung der Reichsregierung in der Steglitzer Wohnung Dr. Karl Liebknechts eine Haussuchung vorgenommen worden.

Heute mittag ist die Schwester Rosa Luxemburgs und Dr. Levy verhaftet worden; auch die Mutter Rosa Luxemburgs und ein Bruder von ihr sollen festgenommen worden sein. Ebenso ist die Schwester Dr. Liebknechts verhaftet worden.

Berlin, 13. Januar.

Der neue Berliner Polizeipräsident Richter äußerte sich über die Lage wie folgt: Nachdem es uns gelungen ist, die Spartakistennester restlos auszunehmen, glaube ich, daß mit dem heutigen Tage Ruhe, Ordnung und Sicherheit in Groß-Berlin wieder einkehren werden. Jedenfalls haben wir genügend Machtmittel in der Hand, um irgendwelche Putsche im Keime ersticken zu können, und wir sind gewillt, diese Macht rücksichtslos zu gebrauchen. Ich habe die Sicherheitswehr fest in der Hand. Im Interesse der Ordnung und Sicherheit ist es notwendig, daß die entkommenen Führer Eichhorn, Liebknecht usw. so schnell wie möglich in Haft genommen werden. Denn sie haben sich gegen die Staatsregierung schwer vergangen. Aber wir haben sie zurzeit noch nicht. Nur Lebebour, Dr. Meyer und der Sohn Liebknechts sind verhaftet. Vor einigen Minuten habe ich erst eine Anzahl Beamte ausgeschickt, um in der Wohnung Eichhorns eine Haussuchung abzuhalten.

Die Bestrafung der Spartakiden

Die überwiegende Mehrzahl der Soldatenräte der Groß-Berliner Garnison hat Beschlüsse gefaßt, in denen die Regierung aufgefordert wird, die bewaffnet gefangen genommenen Spartakisten gerichtlich, ihre Führer aber standrechtlich abzuurteilen. Die Regierung vertritt aber den Standpunkt, daß die gefangenen Spartakusleute nicht als Verbrecher, sondern als Kriegsgefangene zu betrachten und entsprechend abzuurteilen sind.

Vor Veränderungen in der Regierung?

Berlin, 13. Januar.

Die Verhandlungen zwischen dem rechten Flügel der Unabhängigen und den Mehrheitssozialisten nehmen ihren Fortgang. Eine Entscheidung ist noch nicht erzielt worden. Die Verhandlungen haben vollständige Isolierung der Spartakisten gerichtlich, ihre Führer aber standrechtlich abzuurteilen. Die Regierung vertritt aber den Standpunkt, daß die gefangenen Spartakusleute nicht als Verbrecher, sondern als Kriegsgefangene zu betrachten und entsprechend abzuurteilen sind.

Der Ruf aus dem Osten

Berlin, 13. Januar. (Amtlich.)

Tagtäglich laufen zahlreiche Kundgebungen aus Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Oberschlesien bei der Reichsregierung ein, in denen die deutsche Bevölkerung gegen die polnischen Annexionsbestrebungen Widerspruch erhebt und ihren unerschütterlichen Willen zum Ausdruck bringt, mit dem Deutschen Reiche vereint zu bleiben. Die Bevölkerung Ost- und Westpreußens, Posens und Schlesiens kann überzeugt sein, daß die Reichsregierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln sich dafür einsetzen wird, daß deutsche Gebiete nicht aus dem Reichsverbande ausscheiden.

Jetzt geht's an die Ostgrenze

Berlin, 13. Januar.

Noske hielt an Teilnehmer eines Demonstrationsumzuges vom einem Fenster der Reichskanzlei etwa folgende Ansprache: „Glauben Sie mir, es ist mir als Oberkommandanten nicht leicht geworden, die Truppen in die Straßen Berlins zu führen. Waren die Soldaten doch versammelt worden, um nach dem bedrohten Osten abzugehen. Aber der Unfug, der sich in den Straßen Berlins breit gemacht hatte, zwang uns zu unserem Vorgehen. Es ist nicht möglich, an den Grenzen Ordnung zu schaffen, wenn in Berlin, in der Mitte des Reiches, Gewalt vor Recht geht. Ich gebe Ihnen die feste Versicherung, daß schon in den nächsten Tagen in Berlin die Ruhe und Ordnung herrschen wird, die wir in Berlin gewöhnt sind und die allgemein eines geordneten Staatswesens würdig ist. Ich werde dann den allergrößten Teil der Truppen aus Berlin entfernen und sie ihrer ursprünglichen Bestimmung zuführen. Allerdings werde ich hier in Berlin diejenigen Truppenmengen zurückhalten, die erforderlich sind, um die heute in acht Tagen stattfindenden Wahlen zur Nationalversammlung sicherzustellen und ordnungsgemäß durchzuführen. Seien Sie versichert, die Reichsregierung hat keinen Augenblick vergessen, was sie den deutschen Brüdern und dem deutschen Lande im Osten schuldig ist. Sie hat alles getan, um jene fortan sicher und dauernd vor polnischer Willkür zu schützen. Deutsches Land und deutsche Bürger im Osten dürfen die feste Zuversicht hegen, daß im Osten deutsch bleiben wird, was deutsch ist."

Die Lage in Posen

Posen, 13. Januar.

Im Abschnitt Hohensalze ist die Lage unverändert. Im Abschnitt Znin haben polnische Abteilungen Labischin und Schubin genommen. Znin ist von den polnischen Truppen umzingelt. Weitere Kämpfe sind im Gange. Aus Bentschen haben die Polen sich unter dem Drucke überlegener Kräfte zurückgezogen. An der Bahnlinie zwischen Kosten und Gostyn haben die Polen zwei Geschütze genommen. Die deutsche Artillerie beschoß Pawlowice.

Ueber die Lage in Bromberg wird W. T. B. von zuständiger Seite mitgeteilt, daß man der Entwicklung der Dinge mit voller Zuversicht entgegensehen kann, und daß zurzeit kein Grund zu irgendwelcher Beunruhigung besteht. Schubin, Znin und Labischin befinden sich in polnischem Besitz. Ebenso sind die Polen in Netzwalde eingezogen, während die deutschen Truppen den Uebergang über den Kanal bei Netzwalde noch halten. Die deutschen Streitkräfte halten die Linie Ciolko—Zielenec—Netzert—Hopfengarten.

Der Oberräuber

Posen, 13. Januar.

General Dowbor-Mesnicki ist von dem Obersten polnischen Volksrat zum Kommandierenden der polnischen Streitkräfte ernannt worden. Er ist dieser Tage mit seinem Stabe aus Warschau hier eingetroffen.

Zu den Wahlen in Bayern

München-Stadt: Deutsche Volkspartei 56 827, bayerische Volkspartei 73 995, Sozialdemokraten 136 860, Unabhängige 15 121. — München-Land: D. V. 3053, b. V. 7228, S. 13 953, U. 324. — Nürnberg: D. V. 56 080, b. V. 24 701, S. 96 516, U. 10 409. — Augsburg: D. V. 15 671, b. V. 22 900, S. 34 250, U. 425. Einige Bezirke fehlen noch. — Regensburg: D. V. 3875, b. V. 14 303, S. 9372, U. 183, Bauernbund 26, Mittelstandspartei 96, Bund der Unteroffiziere 225. — Würzburg-Stadt: D. V. 10 886, b. V. 17 769, S. 14 875, U. 182.

Das ist die Freiheit . . .

Hamburg, 13. Januar.

Der Cuxhavener Arbeiter- und Soldatenrat hat nach der Ausrufung der sozialistischen Republik sämtliche Banken, Sparkassen und Kreditanstalten unter seine Verwaltung gestellt. Durch das Vorgehen der Cuxhavener Matrosen, deren Vorposten 29 Kilometer vor Stade stehen, ist in Cuxhaven und den beiden preußischen Kreisen, die zum Hamburger Wahlkreise gehören, jede Wahltätigkeit unterbunden. Die Vertrauensmänner der deutschen Volkspartei sind unter Androhung der Verhaftung verpflichtet worden, von jeder Wahltätigkeit abzusehen. Soweit Parteigelder entdeckt wurden, sind sie von den Matrosen beschlagnahmt worden.

*

„Republik Bremen"

Berlin, 13. Januar.

Während in Berlin die Regierung über Spartakus gesiegt hat, ist in Bremen die Herrschaft von Spartakus vollständig zur Durchführung gelangt. Anfang voriger Woche fanden in Bremen Neuwahlen zum Arbeiterrat statt, die das überraschende Ergebnis hatten, daß die Mehrheitssozialisten mit viel größerer Stimmenzahl in den Arbeiterrat einrückten wie bisher. Um dieses Ergebnis wieder aus der Welt zu schaffen, beschloß man in den Kreisen der Unabhängigen und Kommunisten, die Zulassung der Mehrheitssozialisten zum Arbeiterrat unmöglich zu machen. Am vergangenen Freitag wurde eine größere Demonstration veranstaltet und beschlossen, daß ein Rat der Volksbeauftragten gebildet, ein Stadtkommandant ernannt und die bürgerliche Presse unter Vorzensur gestellt werden solle. Gleichzeitig wurde die „unabhängige sozialistisch-kommunistische Republik Bremen" ausgerufen. Die bürgerliche Presse ist tatsächlich unter Vorzensur gestellt worden.

Im Gegensatz zu den Vorgängen in Bremen hat sich in Wilhelmshaven ein Umschwung zugunsten der Mehrheitssozialisten vollzogen. Die Nachrichten laufen spärlich ein. Doch steht fest, daß die Unabhängigen und Kommunisten in Wilhelmshaven von regierungstreuen Truppen belagert werden, und daß die Unabhängigen in Wilhelmshaven Hilfe aus Bremen zu erlangen versuchten.

Am Sonnabend ist in Oldenburg der Präsident der Republik Ostfriesland, Kuhnt, gestürzt und dort wieder eine mehrheitssozialistische Regierung eingeführt worden.

Kriegsrat um Deutschlands Schicksal

Der gesicherte Völkerbund. — Frankreichs Fordern.

Paris, 13. Januar.

(Reuter.) Die Vertreter der alliierten Regierungen hielten im Laufe des Nachmittags im Quai d'Orsay eine Sitzung als „Oberster Kriegsrat" ab. Verschiedene, von den Deputierten vorgebrachte, mit der Verlängerung des Waffenstillstandes in Deutschland zusammenhängende Fragen wurden erwogen. Darauf hielt man eine unformelle Sitzung ab. Man tauschte die Ansichten bezüglich der Arbeitsweise und anderer mit der kommenden Konferenz zusammenhängender Fragen aus. Zugegen waren Präsident Wilson, Clemenceau, Orlando, Lloyd George, Pichon, Sonnino, Lansing und Balfour. Foch und die Admirale Bliß und Sir Henry Wilson wohnten einem Teile der Verhandlungen bei.

Leon Bourgeois erklärte über den Völkerbund, daß nach dem Beschluß der Alliierten, die Errichtung eines Völkerbundes in die Friedenspräliminarien aufzunehmen, wie dies von Clemenceau mitgeteilt worden sei, beschlossen wurde, daß die französische Vereinigung für den Völkerbund, der er vorstehe, sich mit den entsprechenden Vereinigungen in den alliierten Ländern, namentlich mit denjenigen Englands und der Vereinigten Staaten, in Uebereinstimmung setzen sollte. Da die Frage verwickelt ist, so haben die Vereinigungen zu ihrer Lösung eine Methode angenommen, die in den drei folgenden Sätzen gipfelt: 1. Vor Eröffnung von Verhandlungen soll eine Erklärung der Nationen herbeigeführt werden, die den Entschluß bekräftigt, in den Vertrag die Rechtsgrundsätze anzuwenden, für die sie kämpften, und die Grundbedingungen der Regeln festgesetzt werden. Die die Organisationen des Völkerbundes verpflichten, künftig in den Beziehungen der Nationen untereinander zu befolgen. 2. In den Vertrag soll die Verpflichtung, daß die alliierten Nationen zur Aufrechterhaltung des Friedens vor allem die Verpflichtung zur schiedsgerichtlichen Entscheidung und zur Beschränkung der Rüstungen übernehmen, aufgenommen werden. 3. Eine allgemeine Konferenz soll nach Abschluß des Friedensvertrages einberufen werden, um die gleichlautenden Sätze für alle Staaten aufzustellen, die an der Bildung des Völkerbundes teilnehmen.

Die Konferenz wird über ihre Zulassung beschließen. Um zugelassen zu werden, müssen die Nationen demokratische Einrichtungen besitzen, die sie zu Herren ihrer selbst machen, da die Anwendung von Gewalt ausschließlich dem Völkerbund vorbehalten werden soll als höchste Entscheidung. Hinsichtlich der Staaten, die den Weltbrand hervorgerufen haben, fügte Leon Bourgeois hinzu, daß, abgesehen von den militärischen Bürgschaften des Friedensvertrages, abgesehen von der Verwirklichung aller gerechterweise auferlegten Wiedergutmachungen und abgesehen von der Züchtigung derer, die an dem Verbrechen schuld sind, Deutschland nicht nur eine politische, sondern auch eine moralische Revolution durchmachen und bis dahin alle Regeln einer internationalen Kontrolle hinnehmen müsse. Hinsichtlich der Staaten, die sich weigerten, die Entscheidung des Völkerbundes anzunehmen, erklärte Leon Bourgeois, daß der Entwurf dafür die Aufstellung einer bewaffneten Macht vorsehe, daß aber einige sehr wirksame Verfügungen friedlicher Art genügen dürften, die Widerstrebenden zur Achtung vor einer gemeinsamen Entscheidung zu zwingen. Leon Bourgeois sagte zum Schluß, daß es einen allgemeinen Frieden und einen sozialen Frieden nur mit Hilfe der Einrichtung des Völkerbundes gebe, der nach einer anderen Meldung als gesichert angesehen werden kann.

Zwischen Wilson und Clemenceau ist noch keine Uebereinstimmung erzielt worden, weil die von Wilson beabsichtigte sofortige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund die von Frankreich geforderte Sühne ausschließe und damit die französischen Kriegsziele beeinträchtige.

Die Teilung der Welt

Genf, 13. Januar.

Der „Matin" will von unterrichteter Seite erfahren haben, daß beim Büro der Friedenskonferenz von den einzelnen Alliierten folgende Forderungen angemeldet worden sind:

Frankreich verlangt die Annektion Elsaß-Lothringens, militärische Sicherungen, deren Umfang durch die Verhandlungen festgestellt werden soll, und einen Teil Syriens.

Die englischen Ansprüche erstrecken sich in der Hauptsache auf die Kolonien und sind nach Interessensphären zwischen dem Mutterland und den Dominions verteilt. Für sich selbst verlangt Großbritannien vor allem türkisches Gebiet, das als Brücke zwischen den afrikanischen Besitzungen und Indien gedacht ist.

Italien will die Hand auf das Trentino, Istrien und Dalmatien legen, gerät aber dabei in Gegensatz zu den Südslawen, die Dalmatien gleichzeitig für sich haben wollen.

Belgien hat einen Teil von Limburg und die freie Benutzung der Scheldemündung angemeldet.

Rumänien wünscht Bessarabien, die Bukowina und einen Teil des Banats.

Serbien wünscht Bessarabien, die Bukowina und einen Mazedonien geltend.

Griechenland verlangt den nördlichen Teil von Epirus, Gebietszuwachs in Thrazien und Kleinasien.

Alle anderen strittigen Fragen sollen auf Grundlage des Nationalitätenprinzips auf der Friedenskonferenz geregelt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191901141-13/fragment/page=0001

Matrosen und Volksernährung

Die Besatzungen sämtlicher Minenfahrzeuge weigern sich, zum Minensuchen in See zu gehen, weil sie höhere Zulagen zu erpressen gedenken. Die Forderungen gehen bis zu 100 M. für den Mann und Tag. Dieses würde ein Jahreseinkommen von rund 40 000 Mark für jeden Mann bedeuten. Rechnet man, daß im ganzen 6000 Mann beim Minenräumen beschäftigt werden müssen, so ergibt dies eine Tagesausgabe von 600 000 Mark, im Jahr also rund 216 Millionen Mark. Das Räumen aller während des Krieges gelegten Minen wird bei dem vorhandenen Räumungsmaterial schätzungsweise zwei Jahre dauern. Die dem Reiche erwachsenden Kosten würden sich auf rund 400 Millionen Mark belaufen, wohlverstanden lediglich für persönliche Bedürfnisse, abgesehen von den übrigen unvermeidlichen Indienststaltungskosten.

Aehnliche Forderungen werden aus anderen Marinegarnisonen gemeldet. Die Mindestforderungen ergeben die noch recht beträchtliche Summe von 80,24 Millionen Mark für das Jahr, was einer Tageszulage von etwa 14 Mark entsprechen würde. Höhere Zulagen haben bereits unter dem Zwange der Verhältnisse gezahlt werden müssen, als es sich darum handelte, den Forderungen des Waffenstillstandes — minenfreie Wege in den Ostseezugängen zu schaffen — gerecht zu werden. Seitdem diese Wege frei gemacht sind, ruht jede Minenräumtätigkeit in Ost- und Nordsee. Ehe aber die Minenräumungsarbeiten im großen aufgenommen werden können, kann weder Hochseefischerei noch Seeschiffahrt in Gang gebracht werden, auch dann nicht, wenn der Verband sie wieder grundsätzlich freigibt.

Das deutsche Volk muß dann noch über Hungerjahren weiter der Fischnahrung entbehren, nur weil einige tausend Mann sich nicht genug bereichern können. Dabei steht die Hungersnot unabweislich vor der Tür, wenn der Verband nicht helfen wird. Der Verband weiß genau, daß wir reichliches und einwandfrei arbeitendes Minenräummaterial besitzen. Er wird das Wegräumen der Minen von unseren Küsten von uns fordern. Wie wir hören, hat der Verband bereits anfragen lassen, wann wir dazu imstande wären.

Die Abstellung dieser unhaltbaren Zustände tut bitter not. Alle Mittel, die Leute zum Nachgeben zu bewegen und auch die Zulage einer erheblichen Zulage neben Lebensversicherung und sonstigen Gebührnissen nebst freier Unterbringung und Verpflegung sind bisher ohne Erfolg geblieben. Die Verpflegung soll nach allem, was darüber gesprochen wird, herbeigetragen sein. Das im Reich überall fehlende Fleisch, das Fett und der Zucker, mit dem manche Mutter das Leben ihrer unterernährten Kinder retten könnte — hier wird es von jungen kräftigen Männern, die tatenlos in den Häfen liegen, vergeudet.

Unmöglich kann die Reichsregierung außerdem noch den sonstigen übertriebenen, jedes Maß und Ziel weit überschreitenden Forderungen der Leute nachgeben, ohne die schon jetzt so schwer gefährdete Finanzwirtschaft des Reiches rettungslos dem Bankerott zuzuführen. Was wird die Folge sein? Die Hungersnöte des deutschen Volkes werden weiter bestehen, nur in verschärfter Form. Bisher fließ der Schutz, den unsere Hochseeflotte gewährte, immer noch einer Hochseefischerei, wenn auch in beschränktem Umfange, zu. Die Engländer werden schließlich das Minenräumen in deutschen Gewässern selbst in die Hand nehmen müssen, aber wir werden die Kosten zu tragen haben, und die Kriegsentschädigungssumme wird um viele hundert Millionen steigen. Das trifft aber wieder das deutsche Volk in seiner Gesamtheit. Unter solchen Umständen sollte man wirklich glauben dürfen, daß das Mitleid mit dem eigenen leidenden Volke die Matrosen durchdringen und sie von ihren maßlosen Forderungen abhalten würde. Dringen Vernunft, Vaterlandsliebe und Mitleid mit dem eigenen Volke nicht durch, dann sind die Minenmannschaften, die wir bisher für ihr zähes Aushalten vier Jahre lang nur bewundern konnten, auf gleiche Stufe mit jener Ehrlosen zu stellen, welche die rote Flagge auf deutschen Kriegsschiffen hissten und den zur Abholung deutscher Kriegsschiffe herangekommenen feindlichen Seeleuten durch Hurrarufe den Willkommgruß entboten.

Gegen den Terror

Kiel, 13. Januar.

Am gestrigen Sonntag demonstrierte die Kieler Arbeiterschaft (etwa 80 000) unter Beteiligung eines Teiles des Bürgertums gegen den Terror der Spartakisten, gegen Anarchie und Gewaltherrschaft, für den Sozialismus und die Arbeiterregierung Ebert-Scheidemann.

Die ausgewiesenen Deutschen

München, 12. Januar.

Der erste Transport der laut Waffenstillstandsvertrag ausgewiesenen Deutschen aus der Türkei, etwa 600 Männer, Frauen und Kinder, ist am 12. Januar in München eingetroffen. Der Transport verließ am 20. Dezember Konstantinopel auf dem Dampfer „Corcovado" unter osmanischer Flagge, passierte am 21. Dezember die Dardanellen und die gefährliche Minenzone dabei unter Führung eines englischen Torpedobootes, lief sodann in Italien zwei Häfen an und traf in Triest am 29. Dezember ein. Dort wurde die Reisegesellschaft unter Quarantäne gestellt. Da der geplante Transport über Laibach undurchführbar war, fuhr der Dampfer nach Venedig. Von dort aus wurde der Transport über Verona und den Brenner weitergeleitet. Die Behandlung durch die Italiener war sehr zuvorkommend.

Die Deutschnationale Volkspartei zur Listen-Verbindung

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei hat für die Verbindung der Vorschlagslisten bei den bevorstehenden Wahlen folgende Grundsätze aufgestellt:

1. Oberster Grundsatz ist die Herstellung einer Einheitsfront aller bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme gegenüber der Sozialdemokratie.

2. Mit der Sozialdemokratie einschließlich der Mehrheitssozialisten ist eine Vorschlagsverbindung ausgeschlossen.

3. Die Deutschnationale Volkspartei wird voraussichtlich überall eine Vorschlagsverbindung mit der Deutschen Volkspartei und der Christlichen Volkspartei eingehen. Die Demokratische Partei geht in einzelnen Bezirken eine Listenverbindung mit uns ein, in anderen hat sie eine solche abgelehnt. (In Halle ja auch. Die Schriftleitung.)

4. Unbeschadet des Grundsatzes, daß eine Vorschlagsverbindung mit der Sozialdemokratie nicht stattfinden darf, haben im übrigen die Landesverbände der Partei bei ihren Entschließungen freie Hand.

Die Deutschnationale Kandidatenliste nach ihrer beruflichen Zusammensetzung

Nach den bisherigen Mitteilungen befinden sich unter den von der Deutschnationalen Volkspartei für die deutsche Nationalversammlung aufgestellten Kandidaten: 18 Gutsbesitzer und Gutspächter, 38 Landwirte und Hofbesitzer, 11 Industrielle, 9 Kaufleute, 22 Handwerker und Gewerbetreibende, 17 Geistliche, 5 Aerzte, 2 Tierärzte, 11 Rechtsanwälte, 8 Oberlehrer, 17 Lehrer, 8 Gelehrte, 17 höhere Verwaltungsbeamte, 12 Richter, 19 mittlere und Unterbeamte, 21 Arbeiter, Landarbeiter und Arbeitersekretäre, 2 Offiziere bezw. Militärpersonen, 4 Baumeister bezw. Ingenieure, 5 Privatangestellte, 3 Handwerkskammersekretäre, 1 Handelskammersekretär, 1 Journalist, 1 Künstler, 38 Frauen.

*

Es haben sich neu gebildet der Landesverband Rheinprovinz, Sitz Bonn, und der Landesverband Schaumburg-Lippe. Neue Ortsvereine oder Ortsgruppen sind entstanden in: Oberschöneweide bei Berlin, Niederschönhausen bei Berlin, Buchwald, Kreis Oels, Kottibus, Düsseldorf (22. Wahlkreis Düsseldorf-Ost), Gößnitz, Sa.-Altbg., Kreisverein Hoya, Winsen a. Luhe.

Keine Gefährdung des evangelischen Kirchendienstes

Berlin, 13. Januar.

Pfarrer D. Wessel ist auf seinen Antrag aus seiner Stellung als Regierungsvertreter für die evangelischen kirchlichen Behörden in Preußen ausgeschieden, weil nach seiner Ueberzeugung durch den Entwicklungsverlauf der innerpolitischen Verhältnisse auf absehbare Zeit sowohl für die Kirche wie für die Pfarrerschaft jede ernstliche Zukunftsgefährdung als ausgeschlossen gelten muß, ebenso auch mit irgendwelchen andersinnigen, vom Ministerium nicht beeinflußbaren Eingriffsmöglichkeiten nicht mehr zu rechnen ist.

Engländer in Leipzig

Leipzig, 13. Januar.

Heute ist hier eine Kommission englischer Offiziere eingetroffen, um die Ernährungslage der Stadt einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Die Südslawen mobilisieren

Fiume, 12. Januar.

In den nächsten Tagen wird die vollständige Mobilisierung der südslawischen Armee befohlen werden. Sie wird sich auf die ersten zehn Jahrgänge erstrecken.

Fiume, 12. Januar.

Die Italiener bereiten sich darauf vor, dem Vormarsch der Südslawen, der für die nächste Zeit zu erwarten ist, bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen. Außerdem erwartet man in Fiume einen Teil der italienischen Flotte, um im Falle einer Niederlage eine Rückzugsmöglichkeit zu haben.

*

Wahlberechtigte Oesterreicher in Deutschland

Die Angehörigen der deutsch-österreichischen Republik, die am 19. Januar das 20. Lebensjahr vollenden und nicht nach § 4 des Reichswahlgesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, haben das Recht, an den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung in der Gemeinde teilzunehmen, in der sie innerhalb des deutschen Reiches ihren Wohnsitz haben. Das Wahlrecht kann auf Grund einer Bescheinigung ausgeübt werden, die von einer in Deutschland befindlichen deutsch-österreichischen oder ungarischen Gesandtschaft oder Konsulatsbehörde ausgestellt ist.

*

Siebenbürgen ganz verloren

Budapest, 12. Januar.

Der rumänische Staatsrat veröffentlicht ein Dekret, durch das die siebenbürgischen Gebiete Rumänien endgültig einverleibt werden.

*

Aus der Ukraine

Kiew, 12. Januar.

Nach einer Meldung des „Nasch Putj" haben die Kubankosaken beschlossen, in ihrem Gebiet keinen Bolschewismus zuzulassen, jedoch gegen das Sowjetrußland, das sie nichts angehe, nicht zu kämpfen. — Nach einer Meldung desselben Blattes hat der englische Handelsachverständige in Odessa erklärt, daß England nicht imstande sei, Kohle zu liefern, da sie die Entente selbst brauche.

*

Bolschewismus in aller Welt

Helsingfors, 13. Januar.

Von 89 Abgeordneten, die an dem roten Aufstand teilgenommen hatten, sind in letzter Instanz einer zum Tode, 7 zu lebenslänglichem Zuchthaus, 31 zu Gefängnisstrafen von 8—12 Jahren verurteilt worden. Die Grenze gegen Rußland ist wegen Ueberhandnehmens der bolschewistischen Propaganda abgesperrt worden. Estländische Gruppen haben den Eisenbahnknotenpunkt Narva besetzt.

Luxemburg auch Republik

Berlin, 13. Januar.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" bringt eine Havas-Meldung aus Basel, wonach am 1. Januar die Republik in Luxemburg ausgerufen wurde. Die Großherzogin soll sich in ein Schloß in der Umgebung der Stadt zurückgezogen haben. Die Kammer hielt eine bewegte Sitzung ab, in der die Katholiken den Saal verließen.

Kleine Nachrichten

Der Bund deutscher Offizierfrauen, der sich dem „Nationalverband deutscher Offiziere" angeschlossen hat, erläßt folgenden Aufruf: „Groß ist die Gefahr, die unserem Vaterlande droht. Es ist Eure Pflicht, das Wahlrecht auszuüben. Nur der Partei, die für ein starkes Volkstum eintritt und damit Eure Interessen zu wahren bereit ist, gebt Eure Stimme. Unter Bund will Euch auch hier ein Führer und Berater sein. Beitrittsberechtigt sind alle weiblichen Familienangehörigen von aktiven und inaktiven Offizieren, Sanitätsoffizieren und Militärbeamten. Beitrittserklärungen sind zu richten an den „Bund deutscher Offizierfrauen, e. V.", Berlin SW. 11, Saalesche Straße 20."

Anerkennung der Freimaurerlogen in Oesterreich. Die österreichische Regierung hat auf Grund der Vereinsversammlungsfreiheit die neugebildete Freimaurervereinigung Großloge Wien anerkannt. Bisher war die Bildung von Freimaurerlogen in Oesterreich verboten.

Heimkehrende Franzosen. Etwa 800 französische Kriegsgefangene sind mit dem von dem Zerstörer „Aisette" begleiteten französischen Dampfer „Admiral Wielly" nach Havre abtransportiert worden.

Der schwedische Reichstag in Stockholm ist gestern mit einer Thronrede des Königs feierlich eröffnet worden.

Copyright 1918 by Philipp Reclam jun., Leipzig. Nachdruck verboten

Das Licht im Sumpf

38] Roman von Luise Westkirch

Nedderbrink sah unter seinen grauen Wimpern hervor Korl Gosewisch an, der rotbäckig und gesund, mit vorquellenden blauen Augen, einen Ausdruck von stolzem Selbstbewußtsein auf den wenig beweglichen Zügen, an die sich angenalten Nutzknacker erinnerte, die zur Freude der Kinder auf dem Weihnachtsmarkt in Scharmbeck feilgehalten wurden. Dann lächelte er und reichte dem Bewerber über den Tisch herüber die Hand.

„Die Tochter von mein Ehefrau is mir allzeit gewesen wie mein eigen. Un ihr Hof is mir gewesen wie mein Hof. Aber dir geb' ich beides gern, sie un ihren Hof. Denn du bist ein, den ich leiden mag, Korl Gosewisch."

Gosewisch wurde rot. „Du hast den Hof gut gehalten, Vorsteher," stotterte er, „un — ich will — das auch."

„Da um mag ich dich leiden," fuhr Nedderbrink, ohne die Unterredung zu beachten, fort, „weil daß du kein Banghür bist, kein slappen Kerl! Weil daß du Kurasche in dein Knochens hast."

„Nun ja," stimmte Gosewisch bei, „ich steh' schon mein Mann."

„Das merk' ich un das freut mich. Du mußt wissen, ich hait' all lang die Hoffnung aufgegeben, daß sich dr noch ein finden würd', der um Eva Jansen freit. Aber du — du hast Kurasche."

Gosewisch machte. „Das braucht doch wohl kein Kurasche, um ein proppere Dern zu freien."

„Wie man's nimmt. Dem Hennno Clüver is das man flecht bekommen."

„Je ja, das is lang her."

„Ja, das is mein Meinung auch. Ich bin dr gut zufrieden mit, daß Gerd Clüver sein Willen nich kriegt. Der hat ja gesporen, daß er die Eva kein andren lassen will."

Gosewisch lachte nicht mehr.

„Er könnt' sein Sinn geändert haben," fragte er. „Meinst nich?"

„Ich will dich nich mißtrösten, Korl Gosewisch. Man Gerd Clüver is ein steifnackiger Kerl. Un ich hab' guten Grund zu glauben, daß er sein Sinn durchaus nich geändert hat. Aber er braucht dr ja nich mit durchzukommen mit sein Vornehmen. Es is mich ein rechte Befriedigung, daß du das mit ihn aufnehmen willst."

„Was — was hast denn für Gründens zu den Glauben, daß er sein Sinn nich geändert hat, Nedderbrink? Ich muß das wissen. Das geht mich an."

„Je nu, er sleicht ihr noch immer nach auf all ihr Wegens."

„Tut er das? Tut er das wirklich?"

„Du kannst ihn gleich selber sehn. Es is sein Stunde. Komm in mein Kammer. Das Fenster geht dr auf den Birkenbusch hinter der Brücke."

Er zog Korl Gosewisch hinter sich her in den kleinen, dunklen Raum und deutete hinaus auf die Birken, über deren bewegliches Laub der Mondschein wie ein Silberschleier floß. Wie Silberschleier hingen die Nebelschwaden über dem Moor. Und in dieser silbern leuchtenden Flut schwamm ein schwerer, dunkler Schatten, eines Mannes Gestalt.

„Das is er," sagte Nedderbrink leise. „Er steht dr jeden Abend un sieht nach Eva ihr Kammerfenster. Wenn sie erst dein Frau is, denn wirst ihn woll das Handwerk legen."

Korl antwortete nicht. Er schaute.

Der Schatten bewegte sich jetzt, ging durch das helle Mondlicht langsam vorüber und hinaus in das wilde Moor.

Korl holte tief Atem. „Es is wirklich un wahrhaftig der Clüver."

„Weckeen sonst sollt' das sein?"

Korl trat vom Fenster zurück. „Adjüs denn, Vorsteher."

„Willst Eva nich erst gute Nacht sagen?"

„Nee, nee. Bandage nich. Ich hab' das eilig."

„Denn komm man bald wieder, Korl Gosewisch."

Korl drängte fort aus der Kammer, über das Flet zur Haustür.

„Komm mit dein Vadder, damit wir das recht machen mit dem Vieh un dem Bargeld, dem Korn, der Wäsche, dem Gerät."

„Ja, ja."

„Denn du bist kein Banghür, Korl Gosewisch. Stracks durch gesist dein Weg. Das gefällt mich an dich — un wird auch der Eva gefallen."

Schier unsanft riß sich Korl Gosewisch los von Nedderbrink, der seine Hand noch immer mit festem Druck hielt, und rannte ohne umzuschauen die Straße nach Stellichte. Gott sei Dank! Gerd Clüver war nach der anderen Seite gegangen — Wiederkommen?! — Er nicht! Seiner Tage kam er nicht wieder. Wie hatte die Dirne mit der Grillenstimme einst gesagt? „Sinnerk Puvogel meint woll, daß ihn sein Leben sieber wär' als ein Hof." — Auch Gosewisch war sein Leben lieber als der schönste Hof. —

Eva wartete vergebens auf seine Rückkehr, vergebens auf eine Botschaft von ihm. Unruhig wanderte sie durch Hof und Garten, hähte stundenlang hinaus auf den Weg nach Stellichte. Sie sprach sich nicht aus. Auf dem Hof lebte ihr kein Vertrauter, keine Freundin unter den Nachbarn. Aber in Schweigen und Einsamkeit tauchte aus der Tiefe ihrer Bitterkeit ein unklarer Verdacht auf. Ein Mißtrauen, das formlos in ihrer Seele gelegen hatte, begann Form zu gewinnen.

Nedderbrink gefiel ihr schweigsames Brüten nicht. Er redete endlich.

„Ich weiß nich, was ich von den Bengel, den Gosewisch, halten soll. Mit sein Vadder wollt' er kommen zur Abschätzung. Un kommt un kommt nich un vermeldet auch nix. Das is mich sehr verdrießlich."

Eva sah an Nedderbrink vorüber ins Leere.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191901141-13/fragment/page=0002

Beschimpfungen unserer Krieger durch die Sozialdemokraten

Das Breslauer sozialdemokratische Parteiblatt, die „Volkswacht", erlaubt sich im Leitaufsatz vom 5. Januar nach wahrheitswidrigen Schimpfereien gegen die Deutschnationale Volkspartei folgende drohende Bemerkungen: „Es wäre wahrhaftig in diesen Tagen für die Leiter der Arbeiterbewegung leichter, zum Gegenteil von Ruhe und Ordnung aufzurufen (!), denn der Krieg hat die Leute vier Jahre lang gelehrt, wie man sich raubend, plündernd, stehlend fremden Eigentums bemächtigt". — Ist je eine schlimmere Beschimpfung unserer Krieger ausgestoßen worden, als es hier durch die „Volkswacht" geschieht? Werden doch unsere tapferen Feldgrauen ohne Ausnahme, ob sie Kriegsfreiwillige waren oder nicht, ob sie mit glühender Begeisterung in vielen Schlachten kämpften und sich durch große Tapferkeit auszeichneten, mit Marodeuren, Plünderern und gemeinen Dieben und Verbrechern auf eine Stufe gestellt. Man möchte vielleicht annehmen, das sei eine Entgleisung des Artikelschreibers, aber seine Auffassung ist, wie die „Schlesische Tagespost" (Breslau) dazu feststellt, vor kurzem auch von dem Vorsitzenden des Soldatenrates, Voigt, in einer Versammlung der Vertreter der Presse zum Ausdruck gekommen, fast genau mit denselben Worten, als Entschuldigung für die jetzt unter der Revolution vorgekommenen Plünderungen und Gewalttaten. Man scheint demnach von den moralischen Eigenschaften der Soldaten in den Kreisen der sozialdemokratischen Führer gerade keine sehr hohe Meinung zu haben, eine Vermutung, die auch dadurch bestätigt wird, daß die „Volkswacht" meint, es wäre leichter, die Leute „zum Gegenteil von Ruhe und Ordnung aufzurufen". Unverhüllter ist die wahre Gesinnung sozialdemokratischer Volksverhetzer nur selten hervorgetreten.

Die zwanzigjährigen Wähler

Es herrscht vielfach die Auffassung vor, als ob alle Personen, die im Jahre 1919 das 20. Lebensjahr vollenden, zur Nationalversammlung wahlberechtigt sind. Diese Auffassung ist irrig. Wahlberechtigt sind nur alle Männer und Frauen, die am Wahltage das 20. Lebensjahr vollendet haben. Wahlberechtigt ist also, wer am 19. Januar 1899 oder früher geboren ist.

Erster Vertretertag des Reichsbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen

K. Weimar, 12. Januar.

Unter sehr starker Beteiligung aus allen Teilen des Reiches — besonders stark waren Hamburg, Bremen, Breslau, Berlin und Süddeutschland vertreten — fand heute hier zum ersten Male ein Delegiertentag aller „zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen gegründeten Gruppen statt. Nach einer Begrüßungsansprache des Hofschauspielers Bernhard Vollmer namens der Ortsgruppe Weimar übernahm das Mitglied des Zentralausschusses Dr. Kundt-Berlin die Leitung der Versammlung. Danach erstattete Rechtsanwalt Dr. von Förster-Limburg (Lahn) den Bericht über die Gründung des Reichsbundes. Die bestehenden Organisationen setzen sich vorläufig aus drei Gruppen zusammen: den bereits bestehenden neuen, den in der Bildung begriffenen und den alten charitativen Zwecken dienenden (Rotes Kreuz). Die ersten und Hauptbewegungen, die zur Gründung eines Reichsbundes führten, entstanden in Konstanz und in Breslau. Redner entwirft dann ein anschauliches Bild über die Entstehung der Bewegung in Konstanz und die von dort aus mit dem Berliner Kriegsministerium bezüglich der Heranziehung der Neutralen geleisteten Arbeit. Die Breslauer Gruppe war von vornherein überaus rührig und infolgedessen auch erfolgreich; sie gründete zuerst zahlreiche Ortsgruppen bis tief in die östlichen Landesteile hinein, bereitete ihre Tätigkeit über ganz Schlesien, Posen und Pommern aus und als man daran ging, Breslau für den Reichsbund zu gewinnen, brachte dieses mit seinem Beitritt und Unterstellung unter die Berliner Zentralleitung ein großes Opfer. Am 20. Dezember 1918 wurde denn in Berlin der Reichsbund gegründet und am nächsten Tage bereits ein Telegramm an den Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger, gesandt, in welchem dessen energisches Eintreten für die Gefangenen auf Grund der Art. 10 u. ff. des Vertrags gefordert wurde. Den Bestrebungen des Verbandes wurde tätigste Unterstützung zugesagt und energische Tätigkeit seitens der Unterhändler zugesichert. Sämtliche Behörden — Reichsleitung, Auswärtiges Amt, Kriegsministerium — haben die Gründung des Reichsbundes aufs wärmste begrüßt und unterstützt. Als Hauptmomente für die Gründung waren maßgebend gewesen: Befreiung der über dreiviertel Millionen Deutschen, die als Kriegs- oder Zivilgefangene zurückgehalten werden, bis dahin Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage und Beteiligung an der Nationalversammlung. — Rittmeister von Lersener-Frankfurt am Main sprach alsdann über die Ziele des Reichsbundes. Unser Ruf muß heißen: Heraus mit den Gefangenen, nachdem wir nun alle Gefangenen der Westmächte herausgegeben haben. Ein neuer Vertrag muß aufgestellt werden, denn jetzt handelt es sich nicht mehr um Kriegsgefangene, sondern deutsche Bürger; der Vertragsentwurf, von Sachverständigen bearbeitet, ist bereits fertig. Freilich: wenn die inneren Verhältnisse bei uns sich nicht bessern, wird auch die Nationalversammlung illusorisch, der Frieden hinausgeschoben und die Rückkehr unserer Gefangenen unmöglich. Redner erörtert dann die Frage, welche Wege vom Bund einzuschlagen sind, betont, daß die charitativen Vereinigungen sich lediglich auf die Unterstützung der Gefangenen beschränken müssen, der Bund dagegen die politische Seite zu verfolgen hat; aber auch hier wird die Betonung der Menschlichkeit das Hauptargument bilden. Die weitere Frage, worin die Hauptarbeit besteht, ist dahin zu beantworten, daß zunächst die Stimmen des neutralen Auslandes gewonnen werden müssen; doch das ist schwer, da die Neutralen zumeist von unseren Gegnern abhängig sind und wir selbst reichlich unbeliebt. Zu gewinnen sind die Neutralen nur durch Anknüpfung persönlicher Beziehungen und Einwirkung auf breite Volksschichten; Bemühungen seitens der gegenwärtigen Regierung in dieser Beziehung dürften jetzt zwecklos sein, aber bei den Friedensverhandlungen werden wir durch hervorragende Kenner der Materie vertreten werden müssen. Ueber den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen berichtet der Redner alsdann an der Hand eines Berichts des im Auftrage der Waffenstillstandskommission in Spaa die Verhandlungen leitenden Majors Pabst von Ohain. Schließlich erörtert von Lersener noch die verschiedenen Möglichkeiten der Propaganda (Opfertage usw.), spricht über die Stellung der Einzelvereine zur Zentrale und verlangt endlich in einem temperamentvollen Schlußwort, daß alles, was geschehen muß, so rasch als möglich getan wird. — Weiterhin erstattet Rittmeister Peddinghaus kurz Bericht über Stellung zwischen Reichsbund und Reichszentralstelle und wies darauf hin, daß der Bund sich eher mit der Materie befaßt habe als die Regierung. Die Reichszentralstelle wurde am 17. Dezember 1918 gegründet, besteht aus fünf Personen und ein Arbeitsausschuß aus 14 Personen. Das Verhältnis zwischen beiden Stellen ist gut, alle Schritte werden gemeinsam beraten. — Schließlich erstattet Herr Cleinow noch Bericht über die Organisation des Reichsbundes, aus dem hervorgeht, daß gegenwärtig 100 Ortsgruppen im Reich bestehen und in über 400 Städten solche in der Bildung begriffen sind; sie werden sicher die Tausend übersteigen. Die Organisation wird nach Orts- und Provinzialgruppen mit einer Stadt als Zentrale zu erfolgen haben. Bezüglich der Geldbeschaffung wurden verschiedene Vorschläge gemacht und schließlich der Satz von 50 Pfg. als Mindestbeitrag festgesetzt; es können aber auch Personen als Mitglieder aufgenommen werden, die keinen Beitrag leisten (Außerordentliche Mitglieder) — Alsdann referierte Professor Böhmer-Stargard über den Satzungsentwurf, der mit unwesentlichen Abänderungen schließlich angenommen wurde. Danach sind als Organe des Bundes zu betrachten: 1. Vertreterversammlung, 2. Vorstand, 3. Aufsichtsrat. Als erster Vorsitzender wurde Rittmeister Peddinghaus-Gevelsberg (Westf.), als zweiter Rittmeister von Lersener-Frankfurt a. M. und als dritter Professor Böhmer-Stargard gewählt. — Damit war die Tagesordnung erschöpft. — Am Spätnachmittag fand noch eine öffentliche Versammlung statt, die mehr Demonstrations-(Werbe-)Zwecken diente. Die nächste Tagung wird in Nürnberg stattfinden.

*

Aus der Sitzung der Waffenstillstandskommission in Spaa vom 9. Januar ist unter anderem mitzuteilen: Um das schwere Los der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen in den alliierten Ländern zu verbessern, hat die deutsche Waffenstillstandskommission unter Hinweis auf das den alliierten Kriegsgefangenen in Deutschland erwiesene Entgegenkommen, den deutschen Gefangenen sowohl im Postverkehr als auch in der Löhnung Erleichterungen zu gewähren. Gleichzeitig ersuchte sie, dem neutralen Kommissar und den deutschen Roten-Kreuz-Delegierten, Aerzten, Schwestern und Geistlichen zum Besuche der deutschen Kriegsgefangenenlager in Feindesland die größten Freiheiten einzuräumen.

Die deutsche Waffenstillstandskommission macht darauf aufmerksam, daß der französische Botschafter in der Schweiz den dort internierten deutschen Kriegsgefangenen, welche nach ärztlichem Urteil zur Rückkehr in die Heimat berechtigt sind, die Heimreise nicht gestattet. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat den französischen Vorsitzenden, dafür zu sorgen, daß die Maßnahme des französischen Botschafters rückgängig gemacht wird.

Halle und Umgebung

Halle, 14 Januar

Eine Erklärung der 75er

Um Mißverständnissen und den in der Stadt umlaufenden Gerüchten vorzubeugen, gibt uns das Feldart.-Regt. 75 folgende Erklärung:

„In der von den hiesigen Artilleristen ausgehenden Bewegung, der sich alle regierungstreuen Truppen der Garnison angeschlossen haben, und die zugleich getragen wird von der Begeisterung ungezählter Scharen von Freiwilligen, handelt es sich keineswegs um eine Gegenrevolution. Die Bewegung steht im Gegenteil voll und ganz hinter der Regierung Ebert—Scheidemann und bezweckt lediglich, Ruhe und Ordnung in der Stadt zu erhalten, und den Einwohnern die persönliche Freiheit und Sicherheit auch bei „Ausübung ihres Wahlrechtes" zu gewährleisten. Sie ist spontan aus den Kreisen der Unteroffiziere und Mannschaften hervorgegangen, hat bisher das Blutvergießen vermeiden können und wird in Zukunft mit allen Mitteln im Verein mit den bisherigen Sicherheitsmannschaften die Sicherheit in den Straßen aufrechterhalten.

Die von einer hiesigen Zeitung gebrachte Nachricht von der Verbrüderung der Artilleristen mit Spartakisten mag dadurch veranlaßt sein, daß infolge und auf Grund der gestrigen Verhandlungen die Matrosenkompagnie zum Zeichen der Einigkeit mit Mannschaften der Artillerie am späten Abend durch die Straßen gezogen ist."

Wir können den wackeren 75ern unsererseits erklären, daß ihr mannhaftes, entschlossenes Auftreten den Dank der gesamten friedlich gesinnten Bürgerschaft findet, und daß die Stadt sich von einem Alpdruck befreit fühlt. Gleichzeitig aber halten wir es für unsere Pflicht, vor jedweder Sorglosigkeit zu warnen. „Bereit sein ist alles!"

*

Der hiesige Soldatenrat bittet uns um Aufnahme nachstehender Zeilen:

„Es bestehen allerlei Gerüchte über die Zusammensetzung und Tätigkeit der Mannschaften der Sicherheitskompagnien einschließlich der Matrosenabteilung in Halle. Der Soldatenrat erachtet es als unbedingte Pflicht, diesen Gerüchten entgegenzutreten. Die Sicherheitskompagnien bestehen zum größten Teil aus Hallensern. Die meisten dieser Mannschaften sind Familienväter. Sie unterstehen dem Soldatenrat und führen lediglich die Befehle aus, die sie von ihm erhalten. Durch Untersuchung einzelner Vorfälle und Uebergriffe, die sich durch angebliche Mannschaften des Sicherheitsregiments zugetragen haben sollten, wurde festgestellt, daß diese Mannschaften nicht dem Sicherheitsregiment angehörten, sondern sich aus unbekannter Quelle Armbinden verschafft hatten. Es wird daher hervorgehoben, daß sämtliche Armbinden mit einer Nummer versehen sind, so daß bei etwaigen Uebergriffen einzelner Mannschaften die Persönlichkeit des Betreffenden leicht festzustellen ist und diese Leute dem Soldatenrat zur Meldung gebracht werden können, der dann das Weitere veranlassen wird. Es wird nochmals ausdrücklich erklärt, daß die Mannschaften des Sicherheitsregiments die vorgekommenen Uebergriffe ausnahmslos verurteilen und fest entschlossen sind, solchen verabscheuungswürdigen Handlungen entgegenzutreten."

*

Alle diese Erklärungen helfen nicht über die leidigen Tatsachen hinweg, die der Bürgerschaft das bestehende starke Mißtrauen gegen die Sicherheitstruppen des S.-Rates unter ausdrücklichem Einschluß der Matrosenkompagnie eingegeben haben. Dieser unbestreitbaren Tatsachen eine ist die, daß die Sicherheitstruppen unter ihrem Führer, Leutnant Ferchland, am vergangenen Freitag Gewehr bei Fuß zugesehen haben, wie die mit Knitteln und Stangen bewaffneten Arbeiter sich aufstellten, daß sie ferner im Augenblick, als die Unabhängigen sich auf die Musiker, die Kriegsinvaliden und anderen Demonstranten stürzten, nicht annähernd „entschlossen" genug gegen die Rohlinge einschritten, sondern sich mit ihren Gewehrkolben vorwiegend gegen die harmlosen Demonstranten richteten. Eine weitere Tatsache ist die, daß die Sicherheitstruppen nicht in der Lage waren, die vier, fünf Häuser in der Magdeburger Straße vor dem Riebeckplatze, von denen jedermann weit und breit weiß, daß sie die reinen Maschinengewehrnester sind, längst gehörig auszuräuchern, so daß es am Sonntag dort zu den schrecklichen Vorgängen kommen mußte. Eine weitere merkwürdige Tatsache endlich ist und bleibt doch die, daß das gesamte Feldart.-Regt. 75, daß die Flieger und die M.-G.-Mannschaften, die doch immerhin Fühlung genug mit den Sicherheitstruppen hatten, derart mißtrauisch gegen die Kameraden vom bisherigen S.-Rat waren, daß sie aus sich heraus zu dem schwerwiegenden Entschluß kamen, mit einigen zwanzig Geschützen gegen den Riebeckplatz und die Magdeburger Straße aufzufahren. Als letztes — et hoc meminisse iuvabit — dies: wir müßten uns sehr täuschen, wenn die Physiognomien der Matrosen, die bei der Vergewaltigung unseres Geschäftshauses durch die Spartakiden in der vergangenen Woche uns nicht von der Toreinfahrt des „Wettiner Hofes" her bekannt waren.

Aber wir wollen keine Spielverderber sein. Wir schließen uns der Hoffnung an, daß künftig eitel Ruhe, Ordnung und Sicherheit in der Stadt herrschen.

*

— Die Erregung in der Stadt hat sich gelegt. Am gestrigen Tage besichtigte eine große Menschenmenge den Schauplatz der Schießerei vom Sonntag. Das Bankhaus von Schweinsberg und Schröder in der Magdeburger Straße mit seiner durch Handgranaten zertrümmerten Türe und den zahlreichen Maschinengewehr-Kugeleinschlägen wurde von vielen Neugierigen bestaunt, die aber von den Matrosen gestern nicht in das Innere gelassen wurden. Die Entspannung der gestrigen Krisis äußert sich auch in der Sicherheit des Publikums, das früher die Umgebung des „Wettiner Hofes" nicht unnötigerweise aufsuchte, jetzt aber ruhig in lebhaft sprechenden Gruppen die „Lage erörtert".

*

Wie ein hiesiges Blatt wissen will, ist Genosse Radek, der berüchtigte russische Sozialist, in Halle eingetroffen. Gerüchtweise verlautet, daß Liebknecht und die Luxemburg hier gleichfalls gastweise erwartet werden. Wir haben leider nur sehr lockere persönliche Beziehungen zu den Herrschaften und vermögen nicht, Gewisses darüber zu vermelden.

Zur Metallarbeiter-Bewegung

Wie bereits gestern gemeldet, sind die Metallarbeiter aus den Betrieben der dem Verband der Metallindustriellen angehörenden Firmen am gestrigen Montag in den Ausstand getreten. Die Verhandlungen zwischen dem Verband der Metallindustriellen und dem Metallarbeiterverband sind gestern nach sechsstündiger Besprechung zu Ende geführt worden. Die Metallindustriellen haben die Forderung auf Gewährung eines Mindestlohnes bewilligt, und zwar nach Klassen, allerdings nicht in der Höhe von 2 Mk. für die Stunde, wie es die Arbeiter gefordert hatten. Die Forderung auf Abschaffung der Akkordarbeit wurde dagegen abgelehnt. In der gestern nachmittag im „Volkspark" abgehaltenen Versammlung der Metallarbeiter wurde das Ergebnis der Verhandlungen bekanntgegeben. Heute, Dienstag, nachmittag wird die Entscheidung fallen, ob die Metallarbeiter die Arbeit am Mittwoch wieder aufnehmen, oder ob sie die Zugeständnisse ablehnen und im Ausstande beharren. — Nach der Versammlung zog der größte Teil der Metallarbeiter im geschlossenen Zuge nach dem Marktplatze, wo sie eine Kundgebung für den Arbeiterrat und für die Unabhängige Sozialdemokratie veranstalteten. Kilian vom Arbeiterrat hielt wiederum eine seiner hinlänglich bekannten Reden gegen das Hallesche Bürgertum und die Hallesche bürgerliche Presse; er bedauerte die Vorkommnisse der letzten Tage und hoffte, daß wieder Ruhe und Ordnung in Halle eintreten möge. Die Regierung Ebert-Scheidemann müsse, da sie mit der bürgerlichen Gesellschaft paktiere, bald von der Bildfläche verschwinden. Nach den üblichen Hochs zogen die Demonstranten nach dem „Wettiner Hof", wo Leutnant Ferchland und ein Matrose kurze Ansprachen hielten.

Was habe ich am Wahltage zu tun?

Ich gehe mit dem Wahlzettel meiner Partei und mit meinem Ausweis — Steuerzettel oder Taufschein, Dienstbuch oder Arbeitsausweis — nach dem Wahlbüro. Keinesfalls lasse ich mir einen Wahlzettel einer anderen Partei als der meinigen, aufzwängen.

Im Wahl-Lokal trete ich an den Tisch, auf welchem die Wahl-Urne steht, zeige dem daran sitzenden Herrn meinen Ausweis, sage ihm Straße und Hausnummer meiner Wohnung sowie meinen Namen. An der Hand seiner Bücher überzeugt sich der Herr von der Richtigkeit meiner Angabe. Dann trete ich zu dem Vorhang, wo mir ein Umschlag ausgehändigt wird. In diesen Umschlag stecke ich, hinter dem Vorhang den Wahlzettel meiner Partei mit den darauf stehenden neun Namen der Kandidaten. Auf keinen Fall darf ich etwas dazu schreiben, noch ausstreichen, auch dürfen keinesfalls zwei Wahlzettel hineingesteckt werden, da sonst die Wahlstimme ihre Gültigkeit verliert und die Stimme der Partei verloren geht. Den geschlossenen Umschlag trage ich nun zu dem Tisch mit der Wahl-Urne, wo ihn der Wahl-Kommissar vor meinen Augen in die Urne steckt. Damit ist meine Wahlpflicht erledigt. Verweigere standhaft jeden Wahlzettel, der nicht zu Deiner Partei gehört!

Die Nahrungsmittelversorgung in Halle

— Verkauf von Quark am Dienstag auf den Abschnitt 8 je ½ Pfund bei dem Milchhändler Harnisch, Schülershof 11, in der Verkaufsstelle der Niemberger Molkerei, Mansfelderstr. 20/21, vormittags von 8—12 Uhr, und der Molkerei Merbitz, Freiimfelderstraße 8.

— Städtischer Verkauf von Käse. Für die Lebensmittelscheine 19 501 bis 21 000 vormittags von 8—12 Uhr und 21 001 bis 23 000 nachmittags von 2—6 Uhr 55 Gramm Käse zum Preise von 20 Pf.

— Städtischer Verkauf von Talg in der Talamtschule am Dienstag für die Lebensmittelscheine 63 501 bis 64 200 vormittags von 8—12 und 64 201 bis 65 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person 58 Gramm zum Preise von 85 Pf. Gefäße mitbringen.

— Protest der Eltern. Die am 11. Januar 1919 versammelten Eltern der Schülerinnen des Oberlyzeums und des Lyzeums der Franckeschen Stiftungen in Halle a. S. verwahren sich aufs Entschiedenste dagegen, daß der Ministerialerlaß vom 29 November 1918 zur Durchführung kommt. Es erscheint uns geradezu widersinnig und frevelhaft, wenn an einer Anstalt, die auf einen A. H. Francke ihren Ursprung zurückführen darf, der Religionsunterricht nicht mehr seine alte Stätte haben sollte. Wir sind uns dessen bewußt, daß die Religion der wertvollste Erziehungsfaktor ist und bleibt. Wir billigen es nicht, daß die Schulfeiern ihres religiösen Charakters entkleidet werden. Wir betrachten es als einen unzulässigen Eingriff in unsere heiligsten Elternrechte, wenn unseren über 14 Jahre alten Kindern das Recht zuerkannt wird, über ihre Teilnahme am Religionsunterricht selbständig zu bestimmen. Wir wünschen durchaus, daß unsere Kinder die religiösen Memorierstoffe zu Hause

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191901141-13/fragment/page=0003

lernen. Ebenso verwahren wir uns dagegen, daß am Oberlyzeum Schulgemeinde und Schülerrat eingerichtet werden. Wir Eltern halten diese Einrichtung nicht nur für überflüssig, sondern für direkt schädlich. Wir haben zu der Leitung der Anstalt volles Vertrauen und halten die bisherigen Einrichtungen auf dem Gebiet der Selbstverwaltung für durchaus ausreichend.

— **Die Schulferien 1919.** Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die Ferienordnung für die Provinz für das Jahr 1919 in den Orten mit höheren Schulen oder Lehrer-(Lehrerinnen-)Seminaren in folgender Weise festgesetzt: Osterferien: Schulschluß Sonnabend, den 12. April, Wiederbeginn des Unterrichts Dienstag, den 29. April. Pfingstferien: Freitag, den 6. Juni bis Freitag, den 13. Juni. Sommerferien: Freitag, den 11. Juli bis Dienstag, den 12. August. Herbstferien: Donnerstag, den 2. Oktober bis Dienstag, den 14. Oktober. Weihnachtsferien: Sonnabend, den 20. Dezember bis Dienstag, den 6. Januar. Schluß des Schuljahres 1919/20 Sonnabend, den 27. März 1920. In allen anderen Schulen ist der Beginn und die Dauer der Oster-, Pfingst- und Weihnachtsferien der den obengenannten Schulen gleichgelegt. Die für die Sommer- und Herbstferien verbleibenden 42 Tage werden, vor allem bei den Landschulen, nach den örtlichen Verhältnissen verteilt.

— **Rückgabe beschlagnahmter Waffen.** Die auf Grund des Erlasses des Soldatenrates vom 23. Dezember 1918 betr. „Beschlagnahme von Waffen" abgelieferten Waffen aus Privatbesitz werden Dienstag, den 14. Januar 1919, in der Zeit von 9—12 Uhr vormittags und 3—6 Uhr nachmittags bei der Waffenkommission „Wettiner Hof", Zimmer 34, gegen Rückgabe der Empfangsbescheinigung wieder ausgehändigt.

— **Die Hausfrauen und die Wahlen.** Am Dienstag abend 8 Uhr findet im „Mozartsaal" eine Versammlung für Hausangestellte statt, zum Zwecke der Aufklärung und Aussprache über die bevorstehenden Wahlen. Wir bitten die Hausfrauen, den jungen Mädchen, die im wahlfähigen Alter stehen, möglichst vollzählig die Teilnahme an dieser wichtigen Zusammenkunft zu ermöglichen. Der Verband Hallescher Frauenvereine.

— **Hallischer Lehrerverein, E. V.** Am Donnerstag, den 16. Januar, abends 8 Uhr, findet im „Reichshof", Alte Promenade Nr. 6, eine außerordentliche Versammlung statt. Herr Universitätsprofessor Dr. Hein wird über „Sozialismus und Beamtenschaft" sprechen.

— **Das „Rote Kreuz" auf dem Hauptbahnhofe,** das seit Ausbruch des Krieges eine segensreiche Tätigkeit entfaltete, hat dieser Tage seinen Betrieb nunmehr eingestellt. Viele Tausende von Soldaten, die während der mehr als vierjährigen Kriegsdauer durch Halle reisten und das „Rote Kreuz" aufsuchten, sind in ihm jederzeit gastfreundlich aufgenommen und mit Speise und Trank bewirtet worden.

— **Der Bürgerausschuß Halle** teilt mit, daß infolge der Wahlbewegung die für den heutigen Dienstag abend vorgesehene Sitzung ausfällt.

— **Ein Süßstoffeinbruch.** In der Nacht zum 9. Januar 1919 sind mittels Einbruchs etwa 20000 Beutel Kristallsüßstoff in sogenannten Haushaltspackungen und eine größere Menge in größeren Päckchen gestohlen worden. Die kleinen Beutel befanden sich in Kartons zu je 500 Stück. Es wird angenommen, daß der Süßstoff unter der Hand vertrieben wird und werden deshalb Personen, denen solcher angeboten oder verkauft wird, gebeten, für Feststellung des Anbieters zu sorgen und der Kriminalpolizei, Drehhauptstraße 4, Zimmer 37 oder 38, sofort Mitteilung zu machen.

— **Brand.** Durch unvorsichtiges Hantieren mit einer brennenden Lampe in einem Lagerraume einer Papierhandlung in der Großen Steinstraße entstand ein Papierwarenbrand, der nach einer viertelstündigen Tätigkeit der herbeigerufenen Feuerwehr gelöscht wurde. Der entstandene Schaden beläuft sich auf etwa 1000 Mark.

*

ii. **Nietleben, 11. Jan.** Wie bestimmt verlautet, ist die behördliche Genehmigung der Eingemeindung der Provinzial-Landesheilanstalt Nietleben sowie der Häuser vom Nebelungschen bis Hoffmannschen Grundstück der Halleschen Straße hierselbst und der Feldflur Gimritz von dort nach der Heide zu schon erteilt worden. Letztere gehörte bisher zu Nietleben, während das Stadtgut Gimritz bekanntlich schon zu Halle eingemeindet ist. Die Gegend am Walde entlang dürfte nun bald bebaut werden; die Landgemeinde Nietleben verliert allerdings durch diese Eingemeindung ganz erhebliche Steuerzahler.

Stadttheater

Drittes Sinfoniekonzert.

Die unerfreulichen politischen Ereignisse werfen ihre dunklen Schatten bis in die Konzertsäle. So musikarm wie die letzten Wochen ist wohl selten eine Zeit in Halle gewesen. Selbst der auf breiter Grundlage ruhende Betrieb unseres Stadttheaters ist nicht gegen Ueberraschungen und gegen Störungen gefeit. Das Sinfoniekonzert, welches für den Dezember angekündigt war, mußte überhaupt ausfallen, und im ersten des neuen Jahres fehlte die Solistin. Die Kämpfe am Anhalter Bahnhof in Berlin hatten Herta Dehmlow verhindert, die Reise nach Halle anzutreten; und Ersatz war trotz aller Bemühungen der Theaterleitung nicht zu beschaffen. Trotzdem hatte das ausverkaufte Haus kaum Grund, mit dem Abend unzufrieden zu sein, denn das Konzert, nun ganz aus dem künstlerischen Vermögen unseres Stadttheater-Orchesters bestritten, nahm unter Leitung des Professors Paul Graener einen anregenden und außerordentlich befriedigenden Verlauf. Freilich auf die Freude, die Lieder dieses so erfolgreichen und überall in Deutschland hochgeschätzten Tondichters in seiner eigenen Auslegung kennen zu lernen, mußte verzichtet werden. Die entstehende Lücke füllten Stücke aus Richard Wagners „Tristan" — das Vorspiel und Isoldes Liebestod — aus, die neben Schuberts Ouvertüre zu „Rosamunde" und Sinfonie h-moll dem Orchester dankbare Aufgaben zur Betätigung seines Könnens bot. „Till Eulenspiegels lustige Streiche" von Richard Strauß, die das schöne Konzert beschlossen, waren, wenn ich nicht irre, eine Neuheit für unser Stadttheater. Professor Graener sorgte im Verein mit der ihm aufs aufmerksamste folgenden Musikerschar, daß sich der sprühende Geist, von dem dieses köstliche Werk erfüllt ist, in voller Frische auswirkte. Auch die beiden Schubertschen Schöpfungen waren durchaus erfreuliche Gaben. Sie taten überzeugend dar, daß unser Theaterorchester mehr und mehr an technischer Leistungsfähigkeit und an Wohllaut des Klanges gewinnt. Am vollendetsten erwies sich das Zusammengehen von Leiter und Orchester im Tristanvorspiel. Die sehnsüchtige Stimmung, der hinreißende Gefühlsüberschwang dieses wunderbaren Werkes kamen ausgezeichnet zum Ausdruck und griffen mächtig ans Herz. Dr. W. Kaiser.

Provinz Sachsen

— **Waltershausen i. Thür.,** 13. Jan. (Ein Bürgermeister abgesetzt.) Der A.- und S.-Rat beschloß in seiner letzten Sitzung, den Bürgermeister zur Disposition zu stellen, da sein Verhalten mit verschiedenen Beschlüssen des A.- und S.-Rates nicht im Einklang stehe. So hat er z. B. in auswärtigen Blättern Wald- oder Holzarbeiter gesucht, obgleich gegen entsprechenden Lohn hierorts solche zu haben gewesen seien. Die Entscheidung über den Beschluß des A.- und S.-Rates liegt bei den Volksbeauftragten in Gotha.

— **Cöthen,** 12. Jan. (Vom Polytechnikum.) Die Abteilung Handelsingenieurwesen des Friedrichs-Polytechnikums in Cöthen ist nach dem Kriege zu einer Handelshochschule erweitert worden. Das Polytechnikum ist demnach eine Gewerbe- und Handelshochschule unter denselben Zulassungsbedingungen wie die übrigen Handelshochschulen. Damit ist die Stellung des Polytechnikums zwischen den Technischen Hochschulen und den Techniken nach allen Seiten hin einwandfrei festgelegt.

y. **Ilfeld (Südharz),** 10. Jan. (Eine Durchsuchung) der in der Nähe dieses Fleckens belegenen Talbrauerei ließ dieser Tage der A.- und S.-Rat infolge einer Denunziation vornehmen. Der Befund bestand aus 1000 Liter Petroleum, 10 Zentner Dörrgemüse, 86 Pfund Schlackwurst und 2 Faß Butter, welches alles für unseren Kreis dort lagerte, sowie auch 34 Zentner Kartoffeln.

t. **Quedlinburg,** 11. Jan. (Große Diebstähle.) Einer hiesigen Sämereifirma wurden vergangene Nacht Sämereien im Werte von 21000 M. gestohlen. Ferner sind einem Oebster 17500 M. Bargeld entwendet worden.

Aus dem Leserkreise

(Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß in dieser Rubrik alle Leser zu Worte kommen, gleichgültig, ob ihre Ansichten mit denen der Redaktion übereinstimmen oder nicht. Die Redaktion übernimmt also für diese Rubrik keinerlei Verantwortung dem Publikum gegenüber.)

Die „Hallesche Zeitung" vom 4. Januar enthält eine Zuschrift „Aus dem Leserkreise", gez. Germania, in welcher gegen die Direktoren und Lehrer der höheren Schulen ebenso heftige wie unbegründete Vorwürfe erhoben werden. Die Vertreterversammlung aller höheren Lehranstalten Halles hat es abgelehnt, der pseudonymen Zuschrift gegenüber in einer Erklärung Stellung zu nehmen. **Damit aber die der Wahrheit nicht entsprechenden Behauptungen gerade in [illegible] Erregung und Nervosität nicht unwidersprochen bleiben, sei folgendes festgestellt:**

1. In der Vertreterversammlung der höheren Schulen Halles ist festgestellt worden, daß in keinem Kollegium von einem Direktor versucht worden ist, in politischen Dingen „einen gewissen Zwang auf das Kollegium" auszuüben. Wir Oberlehrer würden uns eine solche Bevormundung energisch verbitten und uns eines jeden derartigen Versuches des Direktors — er komme von „deutsch-demokratischer" oder „deutschnationaler" Seite — kraftvoll erwehren. Wenn der ungenannte Gewährsmann der Einsenderin das Gegenteil behaupten zu müssen glaubt, so wäre es männlicher und vornehmer, er träte mit seinem Namen für seine Behauptungen ein.

2. Wir fordern Frau „Germania" oder ihren Gewährsmann auf, die Behauptung der Zuschrift „Tatsache ist, daß sämtliche Lehrerkollegien der hiesigen höheren Schulen der demokratischen Partei angehören", zu beweisen oder als einen Irrtum zurückzunehmen. Andernfalls sind wir gezwungen, die angeführte Behauptung als eine Verleumdung einer großen Zahl von Oberlehrern zu bezeichnen. Wie ist mit jener Behauptung der Umstand zu vereinigen, daß sogar zwei Mitglieder höherer Lehranstalten zu dem weiteren Vorstande der deutsch-nationalen Volkspartei gehören?

3. Ob wir Oberlehrer unsere Schüler zum Deutschtum erziehen, das mögen die bezeugen, die durch unsere höheren Schulen gegangen sind und für des Vaterlandes Ehre gekämpft und geblutet haben. Wir müssen es aber entschieden zurückweisen, unsere Befähigung zur Erziehung der deutschen Jugend von unserer Parteizugehörigkeit abhängig machen zu lassen.

Krüger, Studienrat.

„H. Z."-Sportberichte

Die Fußballmeisterschaft im Saalegau.

Der letzte Sonntag brachte die von uns erwarteten Siege. In der Spitzengruppe ist noch immer keine Klärung eingetreten, da alle drei führenden Mannschaften im gleichen Abstande geblieben sind. Die Entscheidung im Gau fällt voraussichtlich in den beiden nächsten Spielen, die Halle 96 gegen Favorit und Sportfreunde auszutragen hat. Nach einer Seite hat allerdings der letzte Spieltag Klarheit gebracht. Für die Meisterschaft kommen nur noch Halle 96, Wacker und Sportfreunde in Frage. Borussia schied durch seine Niederlage endgültig aus und muß sich mit den übrigen Vereinen aufs nächste Jahr vertrösten. Für sie ist der Meisterschaftstraum 1918/19 vorbei.

Wie schon angedeutet, brachten die letzten Spiele wieder erbitterte Kämpfe. Der Sieg wurde allen Mannschaften nicht leicht gemacht. Halle 96 konnte Borussia erst nach schärfster Gegenwehr mit 7:4 niederringen. Eine glatte Führung für Halle 96 von 3:0 war von Borussia beim Stande von 4:4 aufgeholt worden. Allerdings kamen ihnen zwei mehr als fragwürdige Elfmeter zu Hilfe, die gänzlich regelwidrig gegen Halle 96 verhängt wurden. Auch Halle 96 bekam einen solchen dunklen Strafstoß zugebilligt, der zum Glück nicht verwandelt werden konnte. Beim Gleichstande von 4:4 lag Borussia hervorragend im Angriff und es sah ganz so aus, als ob die Elf den Sieger in diesem Spiele stellen würde. Aber Halle 96 überwand die schwere Zeit gut und hatte am Schlusse das Spiel fast wieder in Händen und sicherte sich noch einen glatten Sieg. — Nicht minder hart ging es auf dem Sportvereinsplatze her. Dort schlug Wacker den Sportverein 98 mit 3:1. Ein gleichmäßig verteiltes Spiel wurde durch den schußsicheren Wackersturm zugunsten der Blauweißen entschieden. Sportverein zeigte im Felde ein ebenbürtiges Spiel. Vor dem Tore mangelte es einerseits am Schußvermögen, andererseits hielt der Wackertorwart glänzend und vereitelte weitere Erfolge. — In Merseburg errangen die Sportfreunde über V. f. B. einen knappen 3:2-Sieg und konnten sich damit zwei äußerst wertvolle Punkte sichern, die sie unbedingt brauchen, wenn sie ihren 2. Platz im Gau halten und nicht ihre Aussichten auf die Meisterschaft verlieren wollen. So knapp der Sieg ist, so wiegt er immerhin schwer, da V. f. B. auf seinem Platze ein sehr gefährlicher Gegner ist.

Der Stand der Spiele im Gau ist jetzt folgender:

	Gespielt	Gew.	Unentsch.	Verl.	Torverh.	Punkte
Halle 96	8	7	1	0	33:13	15
Sportfreunde	8	5	0	3	19:16	10
Wacker	8	4	1	3	23:21	9
Borussia	8	2	2	4	18:24	6
Favorit	7	3	0	4	17:19	6
Sportverein	8	2	1	5	8:21	5
V. f. B.	7	1	1	5	17:21	3

*

W. **Sportfreunde—V. f. B.** 3:2 (1:1). Man schreibt uns: Am Sonntag standen sich beide Mannschaften in Merseburg im Verbandsspiel gegenüber. Obwohl das Spiel stark unter den schlechten Bodenverhältnissen zu leiden hatte, so gab es doch guten Sport zu sehen. Beide Vereine konnten nicht mit ihrer vollen Elf den Rasen betreten. Während bei Sportfreunde der Ersatz sich bewährte, machte sich bei V. f. B. das Fehlen des guten Torwächters doch recht empfindlich bemerkbar. Sportfreunde bringt nach Anstoß den Ball sogleich vor des Gegners Tor, wo schon in der zweiten Minute Dewitz nach einem groben Fehler von V. f. B.'s Torwächter den Ball ins leere Tor schießen kann. Langsam kommt V. f. B. nun auf, und des Gegners Hintermannschaft hat ganze Arbeit zu leisten. In der 30. Minute gelingt V. f. B. der Ausgleich. Mit 1:1 geht es in die Pause. Nach dieser spielt V. f. B. anfangs überlegen, und schon nach zehn Minuten kann er durch Thon in Führung gehen. Ecke im Sportfreunde-Tor, der sonst recht gut gefallen konnte, läßt den Ball durch die Hände gehen, der die Torlinie knapp überschreitet. Sportfreunde strengt sich nun mächtig an. Der Sturm arbeitet vorzüglich mit der Läuferreihe zusammen, und besonders ist es der linke Flügel, der mit Wander gut durchkommt. Aber alle Durchbrüche scheitern an der guten Hintermannschaft der Merseburger. In der 35. Minute bekommt V. f. B. einen Elfmeter zugesprochen, der von Dewitz unhaltbar eingesandt wird. Mit der größten Energie versucht nun jede Mannschaft den Sieg zu erringen. Da kann fünf Minuten vor Schluß der Halblinke der Sportfreunde noch einmal das Leder ins Netz jagen, und mit dem Stande von 3:2 trennen sich beide Gegner. Der Schiedsrichter Belger (Wacker) leitete das Spiel in sachlicher Weise, hätte nur etwas mehr mit dem Ball laufen müssen. Wie wir hören, hat V. f. B. wegen der Entscheidungen des Schiedsrichters beim 2. und 3. Tor Protest eingelegt.

— **Weitere Fußballergebnisse.** Favorit II gegen Sportfreunde II 10:0. — Favorit III gegen Sportfreunde III 4:1. — Favorit IV gegen A. H. T.-V. III ist ausgefallen.

— **Aus dem V. M. B. V.** In der in Leipzig stattgefundenen Sitzung des V. M. B. V. wurde das Spiel 96—V. f. B. von der vorigen Runde für ungültig erklärt, und wird nun am Schluß der 2. Runde an einem noch festzusetzenden Termin in Merseburg noch einmal stattfinden.

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für den politischen Teil: Helmut Böttcher; Volkswirtschaft: Ferdinand Querfurt; für die Abteilung Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung, sowie für den lokalen Teil Adolf Meyer, für provinzielle Nachrichten, Gerichtssaal und Sport und den übrigen redaktionellen Teil: Ferdinand Querfurt; für den Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Halleschen Zeitung Otto Thiele Halle a. S.
Verlagsdirektor Robert Boenisch.

Die Larve herunter!

Unter dieser Ueberschrift finden wir unter andern folgende Ausführungen in der Deutschen Tageszeitung vom 8. 1. 1919 über

Die Stellung der demokratischen Partei zum Bürgertum.

Einer der Führer, Professor Weber, verwahrt sich ausdrücklich dagegen, daß die demokratische Partei eine bürgerliche Partei sei. Ein anderer, Herr Gothein, führt aus, daß man mit der Sozialdemokratie ein großes Stück Weges gehen **könne** und werde, ja in wirtschaftlicher Hinsicht trenne Sozialdemokratie und demokratische Partei nur eine Differenz in einigen Zweckmäßigkeitsfragen. Bernhard warnt in der Voss. Ztg. davor, die Brücken zur Sozialdemokratie abzubrechen, und **demokratische Kandidaten** erklären, es müsse **Seite an Seite mit der Sozialdemokratie** gefochten werden, und die Partei führe den jetzigen Wahlkampf **gegen rechts.**

Nur sollte dann die demokratische Partei **nicht durch bürgerliche Drapierung politischen Bauernfang treiben, die Stirn besitzen, dem wirklichen deutschen Bürgertum** sich als dessen berufenste Vertreterin anzupreisen.

Eine Partei, die soweit in ihrer **Abhängigkeit von der Sozialdemokratie** geht, daß sie ihr angetragene **Listenverbindung** mit der ihr nächststehenden bürgerlichen Gruppe, der deutschen Volkspartei, den ehemaligen Nationalliberalen, ablehnt, wie das in Westfalen geschehen ist, **kann wirklich** auf den **Namen einer bürgerlichen keinen Anspruch erheben.**

Sie ist nichts weiter als eine Verlängerung der Sozialdemokratie, und sie schließt sich selbst aus der Gemeinschaft des Bürgertums aus, die möglichst geschlossen zu gestalten von allen übrigen Parteien als die Forderung der Stunde erkannt worden ist.

Die **demokratische Partei** verhindert die Bildung einer wirksamen bürgerlichen Phalanx gegenüber der sozialdemokratischen Gefahr und **begeht offenen Verrat an der bürgerlichen Sache.**

Im übrigen zeigt der Wahlausfall in Baden schon die Frucht der Arbeit der Demokratie. Sie hat, trotzdem sie durch den Anschluß der badischen Nationalliberalen verstärkt ist, **am weitaus schlechtesten** von sämtlichen Parteien, abgesehen von den Unabhängigen, abgeschnitten. Während bei den Sozialdemokraten, dem Zentrum, der deutschnationalen Volkspartei eine Steigerung der Wahlziffer von 180, bzw. 184, bzw. 150 zu verzeichnen ist, haben es die Demokraten nur auf etwa 57 % der Steigerung gebracht, und man darf darin wohl den Beweis erblicken, daß die neue Partei im Volke keine breitere Tragfläche besitzt als der frühere Fortschritt, der stets die **Karikatur einer Volkspartei** gewesen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191901141-13/fragment/page=0004